

Nicole Gohlke

- (A) Bis 2015 sollen nun 336 000 Studienplätze geschaffen werden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Richtig!)

– Ja. – Aber alle Experten sagen Ihnen – von der Hochschulrektorenkonferenz über die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bis hin zum Centrum für Hochschulentwicklung; dann glauben Sie halt denen –, dass mindestens 500 000 Studienplätze benötigt werden. Ihr Haushalt hat mit einer bedarfs- oder mit einer nachfragegerechten Ausfinanzierung nichts zu tun. Das ist die Wahrheit über Ihren Haushalt.

(Beifall bei der LINKEN)

In dieser Situation behauptet dann Frau Schavan in ihrer gestrigen Pressemitteilung – ich zitiere –:

Die Bundesregierung hat vorgesorgt, um den neuen Studierenden einen guten Start ins Studium zu ermöglichen.

Und dann noch:

Der Hochschulpakt wirkt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Patrick Döring [FDP])

– Sind Sie schon einmal in einen Hörsaal gegangen,

(Zuruf von der CDU/CSU: Natürlich!)

in dem die Leute auf dem Boden sitzen oder sich anstellen müssen, um überhaupt hineinzukommen?

- (B) (Beifall bei der LINKEN)

Fakt ist doch, dass der Hochschulpakt das Dauerdefizit im Hochschulsystem nicht im Ansatz kompensieren kann. Sie kalkulieren zum Beispiel die Kosten pro Studienplatz mit 6 500 Euro. Das Statistische Bundesamt weist allerdings die Kosten mit 7 130 Euro aus. Jeder Studienplatz ist in Ihrem Haushalt also bereits jetzt um mindestens 630 Euro unterfinanziert. Und Ihr groß angekündigter Qualitätspakt Lehre schafft die Misere am Ende auch nicht aus der Welt. 200 Millionen Euro für über 350 Hochschulen –

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Sie sprechen so schnell! Ich kann Ihnen gar nicht folgen!)

man muss wirklich kein Finanzexperte sein, um zu erkennen, dass das nicht reicht.

Aber statt umzudenken, wollen Sie auch im Jahre 2012 die Exzellenzinitiative fortsetzen. Das heißt: zusätzliche Gelder für gerade einmal ein Dutzend Hochschulen. Was passiert mit dem Rest? Wissenschaftler wandern an vermeintlich exzellente Unis ab. Weil das Exzellenzsiegel fehlt, wird zusätzlich zur Unterfinanzierung auch noch die Position gegenüber Drittmittelgebern und Kooperationspartnern geschwächt. Mit Ihrer Exzellenzinitiative schaffen Sie ein Zweiklassensystem in der Hochschullandschaft. Mit dem Grundsatz „Gute Bildung für alle“ hat das wirklich gar nichts zu tun.

(Beifall bei der LINKEN – Patrick Meinhardt [FDP]: Sie wissen gar nicht, was Exzellenz ist!)

(C) Kommen Sie jetzt als Nächstes nicht mit dem Argument der leeren Kassen: Sie könnten ja im Rahmen des Haushaltsplans einfach einmal auf die Idee kommen, die Einnahmeseite zu verbessern. Führen Sie doch die Millionärsteuer ein, heben Sie den Spitzensteuersatz an, setzen Sie endlich die Finanztransaktionsteuer durch!

(Patrick Döring [FDP]: Wir wollen die Menschen nicht mehr belasten! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

– Dann machen Sie das doch! Kündigen Sie es doch nicht nur an! Setzen Sie die Finanztransaktionsteuer doch einfach durch!

(Beifall bei der LINKEN)

Die Linke fordert eine ausreichende öffentliche Finanzierung für alle Hochschulen – darum geht es –, nicht nur für zwölf ausgesuchte.

(Patrick Döring [FDP]: Wir haben so hohe Steuereinnahmen wie nie zuvor!)

Wir brauchen die Ausfinanzierung der bestehenden Studienplätze und bis zum Jahre 2015 mindestens 500 000 zusätzliche Studienplätze.

(Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Das sind Ihre Zahlen!)

– Das sind nicht meine Zahlen, das sind die offiziellen Zahlen. Die sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(D) Solange Sie Ihre Ausgaben für Bildung nicht an die realen Bedarfe anpassen, sondern damit letztlich Ihre abgehobenen Elitenvorstellungen verwirklichen, kann von einer Bildungsrepublik nicht die Rede sein. Die Bildungsstreikenden hatten auf ihren Plakaten den Slogan – das sollten Sie sich einmal anhören – „Reiche Eltern für alle!“ stehen. Es ist kein Wunder, dass die Leute auf solche Sprüche kommen. „Reiche Eltern für alle“ klingt wahrscheinlich in den Ohren vieler realistischer als die Vorstellung, mit Schwarz-Gelb die soziale Selektivität im Bildungssystem zu beseitigen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie wirklich Interesse an einer Bildungsrepublik haben, dann machen Sie endlich Schluss mit einseitiger Förderung und sozialer Diskriminierung!

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Patrick Döring [FDP]: Nichts dazugelehrt!)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat nun Bundesministerin Annette Schavan.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Dr. Annette Schavan**, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Irgendwie scheint Sie das mit der Bildungsrepublik ziemlich aufzuregen.

**Bundesministerin Dr. Annette Schavan**

- (A) (Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Zu Recht! – Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Ja, weil es keine ist! Das ist das, was aufregt!)

Ich finde, es ist eine der vornehmsten Aufgaben unserer Gesellschaft, dieses Hauses und all derer, die politische Verantwortung tragen, jeden Tag ein bisschen mehr im Hinblick darauf zu lernen, dass es nicht mehr um uns geht, sondern um künftige Generationen, dass wir in – das wünschte ich mir – allen Haushalten Sorge dafür tragen, dass die Zukunftschancen der jungen Generation Priorität haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Auch bei Frau von der Leyen? Arbeitslosigkeit! Berufsausbildung!)

Es stimmt ja, was Frau Deligöz gesagt hat. Wir reden nicht nur über Zahlen – bei den Zahlen sorgen wir einfach dafür, dass die Kasse stimmt –,

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Aha!)

wir reden auch nicht nur von Institutionen, sondern wir sprechen über Grundeinstellungen von jungen Leuten, über gesellschaftliches Klima, über das, was das kulturelle Klima in unserer Gesellschaft hergibt. Hierzu gibt es in dieser Woche zwei interessante Meldungen.

Die eine, heute schon mehrfach zitiert, lautet: 515 000 junge Leute beginnen mit einem Studium. Da gibt es manchen überfüllten Hörsaal. Es mag auch sein, dass es Mensen mit Plastiktellern gibt, die gab es übrigens früher auch schon. Das ist keine richtige Katastrophe.

- (B)

(Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Auch Einführungsveranstaltungen in einem Fußballstadion?)

Das alles ist wahr, aber dennoch: Ich finde es super, dass so viele junge Menschen sagen: Ja, ich will gerade jetzt studieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Das war früher anders bei den Konservativen!)

Ich möchte an dieser Stelle den Hochschulen dafür danken, dass sie in den letzten Wochen und Monaten enorm viel getan haben, um vielen jungen Leuten die Türen ihrer Hochschulen zu öffnen. Herzlichen Dank an unsere Hochschulen und Universitäten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

Der Hochschulpakt – der übrigens über alle Parteigrenzen hinweggeht, weil alle Parteien in den Ländern mit dabei waren, sogar Ihre Partei, deshalb würde ich mich darüber gar nicht aufregen –

(Zuruf von der LINKEN: Doch! Alles regt mich auf!)

ist genau das richtige Instrument.

- (Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Wenn er ausfinanziert ist!)

(C)

Wir gehen nämlich nicht von einer Zahl x aus und sagen, dass diese unverrückbar ist. Das können Sie schon daran sehen, dass für die erste Phase des Hochschulpaktes zwischen Bund und Ländern, übrigens auf Grundlage der Prognose der Länder, geplant war, 90 000 Studienplätze zu finanzieren, wir in Wirklichkeit am Ende sogar 180 000 Studienplätze finanziert haben. Es ist das richtige Instrument, es ist ein atmendes System. Deshalb gilt: Wenn es sich so fortsetzt, wie wir es jetzt erleben – wir alle finden das aus vielen Gründen richtig und gut –, dann wird sich der Hochschulpakt auch in den nächsten Jahren bewähren. Es gibt im Moment in Europa nicht ein einziges Land, in dem die Möglichkeit besteht, zusätzlich in Bildung und Forschung zu investieren. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal Deutschlands; das gehört zu den Alleinstellungsmerkmalen dieser Regierung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Da gibt es schon noch ein paar mehr Länder!)

Als zweite Nachricht möchte ich den Deutschen Lernetlas, den die Bertelsmann-Stiftung vorgelegt hat, erwähnen. Ich finde, das ist eine der interessantesten Analysen über die Bildungsrepublik Deutschland seit langem, weil darin nicht einfach ein Vergleich der Länder angestellt wird und weil dort nicht einfach festgestellt wird, dass es im Süden besser ist als im Norden, sondern weil jeder Kreis in Deutschland eine Rolle spielt. Ich bin fest davon überzeugt: Vieles von dem, was darin enthalten ist, ist eine wunderbare Fundgrube bei der Konzeptionierung der Bildungspolitik. Denn natürlich gilt der Satz: Nicht Institutionen machen uns zu dem, was und wer wir sind. Bildungsprozesse sind anspruchsvoller; sie haben etwas mit Kultur zu tun.

(D)

Ein herausragendes Beispiel im Lernetlas der Bertelsmann-Stiftung ist die Stadt Jena, die sich in den letzten Jahren zu einer regelrechten Bildungsstadt entwickelt hat, in der Chancen genutzt wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP sowie des Abg. Dr. Thomas Feist [CDU/CSU] – Patrick Meinhardt [FDP], an den Abg. Dr. Peter Röhlinger [FDP] gewandt: Ja! Er!)

– Jawohl, das ist derjenige Kollege, der 16 Jahre lang Oberbürgermeister dieser Stadt war. Insofern ist es mir eine besondere Freude, hier aus dem Lernetlas zu zitieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wer sich die Beschreibung dieser Stadt ansieht und liest, welche Weichenstellungen in den letzten 20 Jahren getroffen wurden, der stellt fest: Natürlich sind wir in den letzten Jahren in der Bildungsrepublik Deutschland enorm vorangekommen. Natürlich hat sich viel getan. Natürlich ist Kommunalpolitik mehr denn je davon geprägt, etwas für die Bildungschancen zu tun. Deshalb lassen wir uns überhaupt nicht davon abbringen; die Bildungsrepublik Deutschland muss peu à peu entwickelt werden. Dies gilt umso mehr, als die demografische Ent-

**Bundesministerin Dr. Annette Schavan**

- (A) wicklung in Deutschland – wir werden weniger, wir werden älter, wir werden bunter – das Bildungssystem in seiner ganzen Bandbreite in besonderer Weise herausfordern wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Kein Unterschied an der Stelle!)

Ich möchte aber auch ein Wort zu den Forschungsorganisationen sagen. Herr Hagemann, zu dem, was Sie gesagt haben und was schon vielfach besprochen worden ist, treffe ich diese einfache Aussage: Sie müssen sich entscheiden, ob Sie Wissenschaftsfreiheitsinitiative und -gesetz wollen oder nicht.

(Klaus Hagemann [SPD]: Sie legen ja nichts vor! – Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Erst einmal muss die Regierung vorlegen!)

Sie müssen sagen, ob Sie bereit sind, den Beschlüssen, die Sie selbst gefasst haben, zu folgen. Sie wissen, dass wir Beschlüsse zur Wissenschaftsfreiheitsinitiative gefasst haben, dass alles, was die Helmholtz-Gemeinschaft tut, mit Ihnen abgesprochen ist und dass es zum Herzstück der Initiative für eine größere Selbstständigkeit der Forschungsorganisationen gehört, dass sie bis zu 20 Prozent ihrer Finanzmittel überjährig einsetzen können. Wir wollten das, weil wir davon überzeugt waren, dass das Geld so zielsicherer in die Finanzierung von Forschungsaufgaben fließen wird.

(Klaus Hagemann [SPD]: Das kritisiert niemand! Aber wo ist Ihr Gesetz?)

- (B) Insofern sage ich Ihnen: Ich stehe zur Selbstständigkeit unserer Forschungsorganisationen und zur Wissenschaftsfreiheitsinitiative, die längst beschlossen ist;

(Klaus Hagemann [SPD]: Die haben wir schon zweimal verlängert! – Ulla Burchardt [SPD]: Wo ist denn das Gesetz?)

ich stehe auch dazu, das in Gesetzesform zu gießen. Aber Sie stehen nicht dazu; Sie reden, wenn die Vertreter der Wissenschaft anwesend sind, anders, als Sie in der Öffentlichkeit reden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Klaus Hagemann [SPD]: Was? Das ist doch Quatsch!)

– Nein, das ist kein Quatsch. Sie haben in den letzten Wochen deutlich gemacht, dass Sozialdemokraten eben nicht Autonomie wollen; Sozialdemokraten wollen in alles irgendwie hineinreden und hineinregieren.

(Klaus Hagemann [SPD]: Es war ein sozialdemokratischer Finanzminister!)

Insofern sind Sie, was den Umgang mit modernen Forschungsorganisationen angeht, völlig ungeeignet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Angesichts dessen, was hier gesagt worden ist, sage ich ausdrücklich: Für alle Forschungsorganisationen gilt, dass sie international ein großes Ansehen haben und dass wir um ihre Arbeit beneidet werden. Das gilt für die

Max-Planck-Gesellschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Leibniz-Gemeinschaft. Das gilt auch für die Helmholtz-Gemeinschaft, mit der wir gerade ganz entscheidende Schritte auf dem Wege der strukturellen Weiterentwicklung unseres Wissenschaftssystems gehen. Denken Sie an das KIT; keiner von Ihnen ist doch im Ernst dagegen. Denken Sie an JARA in Aachen, und denken Sie an das, was wir jetzt in Berlin angekündigt haben. Deshalb sage ich: Entscheiden Sie sich, ob Sie mit uns diese Politik für Autonomie wollen.

(Klaus Hagemann [SPD]: Legen Sie doch mal ein Gesetz vor, Frau Ministerin!)

Das, was im Gesetz stehen würde, muss jetzt schon praktiziert werden. Sie aber reden unentwegt dagegen. Das ist das Problem.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hagemann?

**Dr. Annette Schavan**, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Nein.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Swen Schulz [Spandau] [SPD]: Feige!)

Herr Hagemann, diese Diskussion haben wir zigfach geführt. Sie müssen sich entscheiden. Genau das ist das Thema und sonst gar nichts.

(Klaus Hagemann [SPD]: Nein, Sie müssen vorlegen!)

Herr Leutert, was Sie mit Ihrer Rede betrieben haben, habe ich in diesem Haus noch nicht erlebt.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Das war eine sehr gute Rede!)

Ich sage ausdrücklich: Es ist absurd, im Deutschen Bundestag Bildung gegen Forschung ausspielen zu wollen

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

und hier zu erklären, dass zu viel Geld in die Forschung gehe

(Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Das hat überhaupt keiner gemacht! Er hat über Gewichtung gesprochen! Hören Sie mal genau zu!)

und dass wir dieses Geld besser nicht mehr in die Forschung investieren sollten. Bildung und Forschung sind zwei Seiten einer Medaille. Deshalb müssen wir uns um das eine genauso kümmern wie um das andere. Wir müssen daher unseren Beitrag im Bereich der beruflichen Bildung und der Weiterbildung leisten und gleichzeitig dafür sorgen, dass Deutschland einer der attraktivsten Forschungsstandorte der Welt ist. Das muss unser ehrgeiziges Ziel sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Bundesministerin Dr. Annette Schavan**

- (A) Meine Damen und Herren, bei den Meilensteinen, die auch in diesem Haushalt deutlich werden, geht es nicht nur um eine halbe Million Studienanfänger mehr in diesem Wintersemester. In diesem Zusammenhang nenne ich auch noch folgende Punkte: In den Jahren 2008 bis 2010 sind die Ausgaben für BAföG um 25 Prozent gestiegen, und in diesem Jahr gibt es 40 000 Ausbildungsplätze mehr als im Jahr 2010. Weiterhin war ein deutlicher Rückgang der Zahl der Schulabbrecher zu verzeichnen. Es gab ein Anerkennungsgesetz, für dessen Umsetzung wir übrigens 100 Millionen Euro einsetzen. Damit stellen wir Beratung und die Einrichtung entsprechender Kompetenzzentren sicher.

Deutschland liegt, was den Innovationsindikator angeht, auf Platz 4. Die Zukunftschancen der jungen Generation sind so positiv wie selten zuvor. Deshalb sage ich Ihnen: Wenn Sie in den sieben Jahren der rot-grünen Bundesregierung

(Klaus Hagemann [SPD]: Schon wieder!)

solche Entwicklungen zu verzeichnen gehabt hätten, hätten Sie alle Glocken in diesem Land läuten lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Über 99 Prozent der Mittel werden ausgegeben. Auch das hat es früher nie gegeben. Das Haus und alle Projektträger haben in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um immer besser zu werden und dieses großartige Ziel zu erreichen.

- (B) Herr Kaczmarek, Sie haben recht: Der Grundbildungspakt muss kommen. Aber fragen Sie doch einmal in den von Ihnen regierten Ländern nach, wann diese bereit sind, endlich die Unterschrift unter den fertigen Pakt zu setzen.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Welche Unterschriften haben Sie denn schon?)

Auch hier gilt: Der Grundbildungspakt ist vorbereitet. Er liegt den Ländern vor, sie müssen nur unterschreiben. Dann werden wir ihn gemeinsam in Kraft setzen können. Dann werden wir an dieser wichtigen Stelle das tun, was wir bei der Präsentation der Studie vereinbart haben.

Lassen Sie mich abschließend den Berichterstattern, auch denen, mit denen wir streiten, herzlich danken. Ich danke den Mitgliedern des Haushaltsausschusses und auch den vielen, die dazu beitragen, dass die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen Bildung und Forschung in solcher Weise vorrangig behandeln können. Ich bin davon überzeugt, dass wir daran gemessen werden, ob wir die Zukunftschancen der jungen Generation ganz oben ansiedeln.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Es gibt zwei Kurzinterventionen. Zunächst hat der Kollege Hagemann das Wort. Danach folgt der Kollege Leutert.

**Klaus Hagemann (SPD):**

(C) Frau Ministerin, Sie haben eben die Wissenschaftsfreiheitsinitiative bzw. das nicht von Ihnen vorgelegte Wissenschaftsfreiheitsgesetz angesprochen, und Sie forderten uns auf, uns zu entscheiden. Wir brauchen uns nicht zu entscheiden, weil wir uns schon vor Jahren in der Großen Koalition entschieden haben. Unter Bundesfinanzminister Peer Steinbrück haben wir beschlossen, die Wissenschaftsfreiheitsinitiative, mit der zurzeit erfolgreich gearbeitet wird, auszuprobieren. 20 Prozent der Mittel können die Wissenschaftsorganisationen auf unsere Initiative hin selbst verwalten.

Aber diese Wissenschaftsfreiheitsinitiative war zeitlich begrenzt. Ich rufe den Kollegen Rehberg als Zeugen auf: Wir haben diese Initiative, die unter Herrn Steinbrück bzw. in der Großen Koalition gestartet worden ist, schon zweimal verlängert – Herr Rehberg, Sie müssen mir da zustimmen; denn das war ein gemeinsamer Antrag –,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

weil Sie noch keinen Gesetzesentwurf vorgelegt haben. Das ist das Problem; denn diese Initiative muss jetzt endlich in eine endgültige Form gebracht werden und darf nicht nur im Versuchsstadium stecken bleiben. Frau Ministerin, ich lasse mir von Ihnen nichts anhängen. Sie tun so, als ob falsche Entscheidungen getroffen wurden. Ganz im Gegenteil: Ich bin immer derjenige gewesen, der dafür gekämpft hat, dass eine entsprechende Selbstbewirtschaftung erfolgen kann.

(Beifall bei der SPD)

(D) Aber man muss doch auch das Recht haben – darum müssten Sie sich einmal kümmern –, die Kritik des Rechnungshofes genauer zu beleuchten. Ich wiederhole das, was ich vorhin gesagt habe: Ich schließe mich nicht jeder Forderung bzw. jeder Kritik des Rechnungshofes an, aber sie muss überprüft werden; denn es wird kritisiert, dass die Mittel nicht zweckgemäß ausgegeben werden. Das muss man kontrollieren. Wenn es nicht der Fall sein sollte, dass die Mittel richtig verwendet werden, dann muss man das eben rückgängig machen. Aber der Opposition bzw. mir hier Vorwürfe zu machen, das ist nicht in Ordnung; denn sie entsprechen nicht der Wahrheit, Frau Ministerin.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**  
Kollege Leutert, bitte.

**Michael Leutert (DIE LINKE):**

Frau Ministerin, Sie haben mir leider nicht richtig zugehört.

(Patrick Döring [FDP]: Das war auch schwer zu ertragen!)

Ich habe vorhin ausdrücklich gesagt: Auch für die Linke ist Forschungspolitik ein wichtiges Feld, das gut durchfinanziert sein muss. Ich habe aber auch gesagt: Es kann nicht sein, dass auf der einen Seite Geld im Schulsystem fehlt und auf der anderen Seite das Geld, das Sie in den

**Michael Leutert**

- (A) Forschungsbereich hineinpumpen, nicht abfließt. Das ist mein erster Punkt.

(Beifall bei der LINKEN – Heinz-Peter Hausteil [FDP]: Die Mittel fließen ab! Hör doch zu!)

Mein zweiter Punkt. Man muss darauf achten, für was in diesem Land Forschungsgelder ausgegeben werden. Ich frage Sie: Ist es beispielsweise sinnvoll, dass Daimler von uns Fördermittel für Energiesparmodelle bekommt? Braucht dieser Konzern diese Fördermittel? Oder könnten wir diese Gelder nicht besser in anderen Bereichen verwenden? Diese Frage könnten Sie ebenfalls beantworten.

Mein dritter Punkt. Wir haben immer gesagt: Forschung darf nicht auf Kosten des Schulsystems betrieben werden. Wir haben früher immer von der Einheit von Lehre und Forschung gesprochen. Diesen Grundsatz haben Sie aufgegeben. Das ist ihr Verdienst in der Bildungsrepublik Deutschland. Dazu kann ich nur herzlich gratulieren.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Wenn den Kitas und den Schulen das Geld gestrichen wird, dann wird uns im Bildungssystem die Basis wegbrechen. Wenn das Bildungssystem keine klugen Köpfe mehr produziert, dann brauchen wir in Zukunft auch keine Forschungspolitik mehr.

(Beifall bei der LINKEN – Uwe Schummer [CDU/CSU]: Das ist ja eine ganz neue Erkenntnis!)

(B)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**  
Frau Ministerin, bitte.

**Dr. Annette Schavan,** Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Vielen Dank. – Herr Hagemann, dass wir uns gemeinsam auf Initiative des BMBF in der Großen Koalition zu einer Wissenschaftsfreiheitsinitiative entschieden haben, ist unbestritten. Wenn festgelegt ist, dass die Organisationen bis zu 20 Prozent der Zuwendung als Selbstbewirtschaftungsmittel zugewiesen bekommen – wir haben damals diskutiert, wie wichtig die überjährige Verwendung ist, weil programmorientierte Forschung über viele Jahre geht –, dann kann man, wenn beispielsweise 312 Millionen Euro für mehrjährige Forschungsprogramme reserviert sind, nicht behaupten: Die Forschungseinrichtungen schaffen es nicht, das Geld auszugeben. – Genau diese Diskussion haben Sie geführt.

(Albert Rupprecht [Weiden] [CDU/CSU]: Genau so ist es!)

Ich bleibe dabei: Sie müssen sich entscheiden. Wenn wir das auch in Zukunft wollen und wenn Sie dazu stehen, dann muss damit aufgehört werden, so zu tun, als seien die Mittel, die bis zu einer Höhe von 20 Prozent überjährig eingesetzt werden können, ein Hinweis darauf, dass dieses Geld nicht ausgegeben wird bzw. dass die Helmholtz-Gemeinschaft zu viel Geld hat. Genau diese Debatte haben Sie geführt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Klaus Hagemann [SPD]: Nein!)

(C)

Deshalb sage ich das so klar: Ich stehe zu dieser Initiative. Für mich sind die 300 Millionen Euro kein Zeichen dafür, dass zu viel Geld vorhanden ist, sondern Ausdruck eines sehr verantwortungsbewussten Planens der nächsten Phase programmorientierter Forschung. Es ist nämlich genau festgelegt, wofür dieses Geld eingesetzt wird.

Meine herzliche Bitte ist: Wer zu dieser Autonomie steht, muss auch dann dazu stehen, wenn kritische Fragen gestellt werden. Es ist wahr, dass wir mit dem Bundesrechnungshof über die Wissenschaftsfreiheitsinitiative streiten müssen. Ich sage Ihnen – das sage ich als Mitglied dieser Bundesregierung auch dem Bundesrechnungshof –: Ich halte diese Initiative für eine Notwendigkeit in einem modernen Wissenschafts- und Forschungssystem und stehe daher dazu. Es gibt überhaupt keinen Anhaltspunkt dafür, zu sagen: Die Forschungseinrichtungen können mit Geld nicht umgehen. Übrigens wird jede programmorientierte Forschung von Beginn an ständig überprüft. Außerdem werden die Programme in ihrer Gesamtheit über viele Jahre hinweg evaluiert.

Das ist meine Position. Ich habe nicht gesagt, dass Sie sich pro oder kontra Wissenschaftsfreiheitsinitiative entscheiden müssen. Ich habe aber gefragt, ob Sie tatsächlich bereit sind, die Freiheit, die mit der Wissenschaftsfreiheitsinitiative verbunden ist, mit uns gemeinsam zu verteidigen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Klaus Hagemann [SPD]: Wann kommt das Gesetz?)

(D)

Herr Leutert, das, was Sie gesagt haben, war eigentlich eine Wiederholung. Deshalb sage ich noch einmal: Niemand pumpt Geld in ein Forschungssystem, das dieses Geld eigentlich nicht braucht. Wir sind seit 2005 – das haben wir durch unsere Arbeit zunächst in der Großen Koalition und dann in der schwarz-gelben Koalition erreicht – verlässliche Partner im Wissenschafts- und Forschungssystem. Genau diese Verlässlichkeit über einen langen Zeitraum hat dafür gesorgt, dass es diese Fortschritte in Deutschland gegeben hat. Deshalb sage ich auch Ihnen: Nein, wir werden nicht bei der Forschung sparen, um Aufgaben zu übernehmen, für die eindeutig andere zuständig sind. Jede politische Ebene hat ihre Aufgaben und soll sie wahrnehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat nun Sylvia Kottling-Uhl für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Sylvia Kottling-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Haushaltsrecht ist auch deshalb das Königsrecht des Parlaments, weil der Haushalt über die Prioritäten der Politik und über die Glaubwürdigkeit von Entscheidungen Auskunft gibt. Deshalb habe ich in diesem Forschungs-